

# CHINA

## WAHL-CHECK

Antworten der Parteien

# Menschenrechte

---

*Deutschland soll gegenüber China stärker für Menschenrechte eintreten, auch wenn dies den deutschen Wirtschaftsinteressen möglicherweise schadet.*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Unsere Haltung ist klar: Menschenrechte gelten universell, sind unteilbar und unveräußerlich. Dem Versuch autoritärer Staaten, diesen Konsens aufzuweichen, treten wir entschlossen entgegen. Wir sind dabei der Überzeugung, dass Dialog und Kooperation es eher ermöglichen, Missstände zu überwinden, als Schweigen und Boykott. Grundsätzlich gilt: Wenn Staaten und Wirtschaft kooperieren, können Menschenrechte allgemein besser sichergestellt werden.

## **SPD: Stimme zu**

Begründung: Aufbauend auf der Einsicht, dass China sowohl Partner, Wettbewerber als auch systemischer Rivale ist, müssen wir eine gemeinsame europäische Politik des kritischen Engagements entwickeln, die ausgehend von einer festen euro-atlantischen Verankerung mutig unsere Interessen und Werte gegenüber China verteidigt. Eine einseitige Fokussierung ausschließlich auf gute wirtschaftliche Beziehungen lehnen wir ab.

Gleichzeitig hat die wachsende Bedeutung Chinas in der Welt zur Folge, dass eine globale Antwort auf die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum ohne Peking vorstellbar ist. Interessens- und Wertekonflikte mit China nehmen zu. Deutschland und Europa müssen den Dialog mit China über Kooperation und Wettbewerb geschlossen, konstruktiv und kritisch führen. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssen elementarer Bestandteil in allen Bereichen der deutschen und europäischen Zusammenarbeit mit China sein.

## **FDP: Stimme zu**

Begründung: Wir Freie Demokraten wollen die EU-China-Beziehungen ungeachtet der Systemrivalität gezielt weiterentwickeln und die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen vertiefen. Ein engerer Austausch mit China kann aber nur auf der Grundlage und der Einhaltung des geltenden internationalen Rechts und insbesondere der Regeln der Vereinten Nationen, der WTO und der ILO erfolgen. Gegenseitiger Marktzugang, Rechtssicherheit einschließlich der Unabhängigkeit der Gerichte und die universelle Geltung der Menschenrechte sind untrennbare Teile unseres multilateralen Werte- und

Regelsystems. Menschenrechtsverletzungen und die fehlende Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht schweigend hingenommen werden. Die beispiellose technische Überwachung der Bevölkerung sowie Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten durch den Staat steht im Widerspruch zu Chinas völkerrechtlichen Verpflichtungen. Durch die Internierung und Zwangssterilisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten setzt sich China dem Vorwurf des Völkermordes aus. Diese Themen müssen im Rahmen des EU-China-Dialogs mit Nachdruck angesprochen werden. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die zielgerichtete Verhängung von Sanktionen der EU gegen chinesische Offizielle, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

### **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme zu**

Begründung: Wir GRÜNE verlangen von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend auch in Hongkong. Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger\*innenrechten gehen. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und jede Form von Zwangsarbeit beendet. Das EU-Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI können wir in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

### **Die Linke: Stimme zu**

Begründung: Menschenrechte gelten universell. Deutschland sollte sich daher in seinen internationalen Beziehungen grundsätzlich durch den Respekt vor den Menschenrechten leiten lassen. Dazu gehört im Hinblick auf China sowohl die Anerkennung der Fortschritte, die das Land bei der Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte (Befreiung von 700 Millionen Menschen aus Hunger und Armut) erzielt hat, wie die Kritik fehlender politischer Rechte, der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang gegenüber den Uigurinnen und Uiguren, sowie des repressiven Umgangs mit Demokratiebewegungen.

Dabei ist ein Dialog auf Augenhöhe Voraussetzung dafür, Einfluss nehmen zu können. Insofern lehnen wir einseitige Konfrontation ab. Stattdessen setzen wir auf Stärkung und Demokratisierung der UNO, sowie Diplomatie. Und: Menschenrechte kann nur glaubwürdig einfordern, wer sie auch in Beziehung zu anderen Staaten gleichermaßen geltend macht. Hier hat die Bundesregierung leider (z.B. gegenüber Bündnispartnern wie Saudi-Arabien und Türkei) häufig gezeigt, dass sie doppelte Standards setzt.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Sanktionen gegen China

---

*Deutschland soll sich auf EU-Ebene für personenbezogene Sanktionen gegen die gesamte chinesische Führungsriege einsetzen, welche für die massiven Menschenrechtsverbrechen in China verantwortlich ist.*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Wir begrüßen, dass die EU vier chinesische Personen und eine Einrichtung aus China im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte auf die Sanktionsliste aufgenommen hat, da sie an schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten in Chinas Region Xinjiang beteiligt waren. Eine kollektive Sanktionierung der gesamten chinesischen Führung lehnen wir ab.

## **SPD: Neutral**

Begründung: Als Reaktion auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen Provinz Xinjiang hat die EU, unterstützt von Deutschland, bereits im März 2021 im Rahmen des europäischen Menschenrechtssanktionsregimes Sanktionen gegen chinesische Einzelpersonen und Einrichtungen verhängt, die im direkten Bezug Verantwortung tragen.

Pauschale personenbezogene Sanktionen würden die deutsch-chinesischen Beziehungen allerdings schwer belasten und Möglichkeiten des Dialogs versperren.

## **FDP: Neutral**

Begründung: Menschenrechtsverletzungen und die fehlende Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht schweigend hingenommen werden. Die beispiellose technische Überwachung der Bevölkerung sowie Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten durch den chinesischen Staat steht im Widerspruch zu Chinas völkerrechtlichen Verpflichtungen. Durch die Internierung und Zwangssterilisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten setzt sich China dem Vorwurf des Völkermordes aus. All diese Themen müssen im Rahmen des EU-China-Dialogs mit Nachdruck angesprochen werden. Das erwarten auch Chinas Nachbarn von uns, die oftmals einer Politik aktiver chinesischer Einschüchterung unterliegen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die zielgerichtete die Verhängung von Sanktionen der EU gegen chinesische Offizielle, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

## **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme zu**

Begründung: Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen

Menschenrechtsverbrecher\*innen befürworten wir GRÜNE. Wir haben die schnellen Listungen von vier verantwortlichen Funktionären für schwere Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang begrüßt. Doch das kann nur ein erster Schritt sein. So muss auch Chen Quanguo, Parteisekretär von Xinjiang und Drahtzieher der „Strike Hard“-Kampagne gegen die uigurische Bevölkerung, auf die Sanktionsliste gesetzt werden.

Außerdem muss es endlich eine unabhängige Untersuchung der Völkerrechtsverbrechen durch die UN-Menschenrechtskommissarin geben. Ebenso ist es geboten, dass in Deutschland nach dem Weltrechtsprinzip gegen Verantwortliche für die Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang ermittelt wird.

**Die Linke: Stimme nicht zu**

Begründung: Verbrechen gegen die Menschenrechte müssen überall Konsequenzen haben. Aber nur wer im Austausch bleibt, kann seine Anliegen geltend machen und Einfluss nehmen. Eine Politik der einseitigen Konfrontation, etwa durch die Sanktionierung der *gesamten* chinesischen Regierung, wird die Situation von Menschenrechtsaktivisten in China nicht verbessern. Denn das würde einen schweren Rückschlag für die diplomatischen Beziehungen bedeuten und jeden Dialog über die Menschenrechte unmöglich machen.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Ostturkestan: Völkermord

---

*Deutschland soll die Verbrechen gegen die Uiguren in Ostturkestan (Xinjiang) als „Völkermord“ bezeichnen.*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Nach einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom 12. Mai 2021 lässt sich unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung deutscher Gerichte die Auffassung rechtlich vertreten, dass an den Uiguren in Xinjiang ein Genozid nach Artikel 2 (b), (c) und (e) der Völkermordkonvention begangen wird. Unter Heranziehung des von internationalen Gerichten vertretenen engeren physisch-biologischen Zerstörungsbegriffs wäre dagegen die Annahme eines Genozids mit Blick auf die Situation in Xinjiang abzulehnen.

## **SPD: Stimme nicht zu**

Begründung: Die SPD verurteilt die gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Minderheiten, insbesondere uigurischen Muslimen in der chinesischen Provinz Xinjiang. Mehr als eine Million Uiguren wurden in „Internierungs-lager“ gezwungen und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die Einstufung dieser Menschenrechtsverletzungen als „Völkermord“ ist jedoch international höchst umstritten und würde eine massive Verschlechterung der Beziehungen zur Folge haben. Dies würde voraussichtlich auch die verbliebenen Gesprächskanäle in Menschenrechtsfragen zu China schließen. China bleibt aufgefordert, allen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang ein Ende zu setzen, die Internierungslager zu schließen, Zwangsarbeit abzuschaffen und die sprachlichen, kulturellen, religiösen und weiteren Grundrechte der Uiguren zu wahren.

## **FDP: Neutral**

Begründung: Die beispiellose technische Überwachung der Bevölkerung sowie Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten durch den chinesischen Staat steht im Widerspruch zu Chinas völkerrechtlichen Verpflichtungen. Durch die Internierung und Zwangssterilisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten setzt sich China dem Vorwurf des Völkermordes aus. All diese Themen müssen im Rahmen des EU-China-Dialogs mit Nachdruck angesprochen werden.

## **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme nicht zu**

Begründung: In Xinjiang begeht die chinesische Regierung Völkerstraftaten gegen die ethnische Minderheit der Uigur\*innen. Derzeit besteht Uneinigkeit unter zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen wie diese Völkerstraftaten

juristisch zu beurteilen sind. Einigkeit besteht darüber, dass es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für mehr Aufklärung und Beweissammlungen unter Leitung der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte ein. Die Täter\*innen und politisch Verantwortlichen dieser Menschheitsverbrechen müssen zur Rechenschaft gezogen und Straflosigkeit beendet werden.

**Die Linke: Stimme nicht zu**

Begründung: Es gibt aus unserer Sicht keine gesicherten Beweise, die den schwerwiegenden Vorwurf des Völkermordes an den Uiguren in der westchinesischen Provinz Xinjiang belegen würde. Auch die Anhörung zu diesem Thema im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestags ist nicht zu diesem Ergebnis gekommen. Insofern wäre es falsch, diesen Vorwurf nun als Bundesregierung zu erheben. Trotzdem muss der Umgang mit den Uiguren natürlich unabhängig untersucht und kritisiert werden. Die Lager müssen geschlossen werden. Es sollte auch in Chinas Interesse sein, die Vielfalt im eigenen Land als konstruktive Bereicherung zu betrachten und regionale Konflikte friedlich und im Sinne des Ausgleichs der verschiedenen Interessen zu bewältigen.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Boycott der Winterspiele

---

*Deutschland soll die Olympischen Winterspiele 2022 diplomatisch boykottieren und keinerlei Vertreter entsenden.*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Über den diplomatischen Umgang wird die neue Bundesregierung entscheiden.

## **SPD: Stimme nicht zu**

Begründung: Die SPD hat zu dieser These keine Begründung zur Verfügung gestellt.

## **FDP: Neutral**

Begründung: Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit in einem Antrag mit dem Titel „Menschenrechten auch im Zuge von Sportgroßveranstaltungen Geltung verschaffen“ (<https://www.fdpbt.de/initiative/antrag-menschenrechten-auch-im-zuge-sportgrossveranstaltungen-geltung-verschaffen>), die Bundesregierung aufgefordert, einen politischen Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 in China zu prüfen, wenn sich die Menschenrechtssituation in China nicht wesentlich und nachweislich verbessert. Insbesondere sollten hierbei die Lage der Uiguren in Xingjiang, die Autonomie und menschenrechtliche Situation Hongkongs und die Pressefreiheit – gerade mit Blick auf eine unabhängige Berichterstattung von Journalisten während der Olympischen Spiele – berücksichtigt werden.

## **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme zu**

Begründung: Es ist schwer vorstellbar, die Olympischen Winterspiele 2022 in China politisch wahrzunehmen, solange in China eklatante Menschenrechtsverletzungen begangen werden. (Eine diplomatische (v.a. konsularische) Wahrnehmung könnte nötig sein, falls die Sportler\*innen oder Stäbe drum herum beispielsweise Unterstützung durch die deutschen Auslandsvertretungen in China benötigen.)

## **Die Linke: Stimme nicht zu.**

Begründung: Große Sportereignisse finden regelmäßig auch in Ländern statt, die eine schlechte Menschenrechtsbilanz aufweisen, wir erinnern an die Handball-WM in Ägypten Anfang des Jahres oder an die Fußball-WM in Katar im kommenden Jahr. Große Sportevents sollen die Völker der Welt zusammenbringen. Sie bieten die Gelegenheit, die Situation an den Austragungsorten für eine Menschenrechtsdebatte zu nutzen, die von gegenseitigem

Respekt gekennzeichnet ist. Im Einzelfall ist genau abzuwägen, inwieweit ein Austragungsort direkt in Verbindung mit der Menschenrechtssituation steht und ob ein Boykott des Sportereignisses und damit eine Politisierung des Sports an dieser Stelle zielführend ist. Im Fall der Fussball-WM in Katar starben hunderte Arbeiter:innen direkt auf den Baustellen, viele tausend wurden ausgebeutet.

Ein anderes Beispiel für Boykott waren die Olympischen Spiele 1980 in Moskau, zu deren Boykott die USA aufgerufen hatten. Hier wurden die Athletinnen zum Bauernopfer im Kräftemessen des Kalten Kriegs. Auch in Bezug auf die gegenwärtige Konfrontation zwischen USA und China, bzw. EU und China wäre ein Boykott der Olympischen Winterspiele vor allem ein weiterer Schritt in der Konfrontationsspirale.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Lieferkettengesetz

---

*Deutschland soll sich auf EU-Ebene für ein Lieferkettengesetz einsetzen, welches europäische Unternehmen für ihre gesamte Lieferkette zivilrechtlich haftbar macht. Für Produkte aus Zwangsarbeit soll es Einfuhrverbote geben.*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Wir werden uns auf EU-Ebene für ein Lieferkettengesetz einsetzen, das weitgehend den Bestimmungen des deutschen Lieferkettengesetzes entspricht.

## **SPD: Stimme zu**

Begründung: Die SPD hat ein nationales Lieferkettengesetz durchgesetzt. Damit fordern wir von Unternehmen die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten ein. Das ist ein Riesenerfolg. Gerade angesichts der massiven Lobby-Widerstände. Besonders wertvoll war die große und anhaltende Unterstützung durch die Gewerkschaften, Kirchen und NGOs.

Wir wollen das Erreichte konsequent weiterentwickeln: mit einem Gesetz zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelter Güter auf europäischer Ebene, mit verbindlichen und sanktionsbewehrten Regeln.

## **FDP: Neutral**

Begründung: Wir Freie Demokraten setzen auf gelebte Eigenverantwortung von Unternehmen und Konsumenten zum besseren Schutz der Menschenrechte. Denn gerade Letztere haben insbesondere durch ihre Nachfragemacht großen Einfluss die Produktionsbedingungen. Gleichzeitig wollen wir daran mitwirken, dass die Beachtung von Menschenrechten Unternehmen mehr Wettbewerbsvorteile als Nachteile bietet. Daher treten wir für eine einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette ein. Wir sind überzeugt, dass nur gemeinsame europäische Standards dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer positiven und nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen. Viele deutsche und europäische Unternehmen leisten bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur schrittweisen Verbesserung der Lebensbedingungen und der menschenrechtlichen und sozialen Lage in Entwicklungsländern. Sie haben allerdings weder die Marktmacht noch das Personal, um weltweit die Einhaltung der Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten zu garantieren. Damit dieses Engagement nicht gefährdet wird, sollte die Haftung in der Lieferkette nur auf den Bereich der direkten Kontrolle bezogen werden, ohne neue zivilrechtliche Haftungsansprüche zu begründen. Wir schlagen einen risiko-, größen- und sektorspezifischen Ansatz vor.

**Bündnis 90/Die Grünen: Stimme zu**

Begründung: Wir GRÜNE setzen uns auf europäischer Ebene für eine ambitionierte, verbindliche Regelung entlang der gesamten internationalen Wertschöpfungskette ein. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar, auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können.

Nachbesserungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig. Waren, deren Herstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit in Zusammenhang stehen, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden.

**Die Linke: Stimme zu**

Begründung: DIE LINKE fordert ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen verdient. Alle Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten überall Menschenrechtsverletzung, Kinderarbeit und Umweltzerstörung auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation muss Teil des Gesetzes werden.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Taiwan unterstützen

---

*Deutschland soll regelmäßig Schiffe der Bundeswehr in das Südchinesische Meer entsenden. Die bereits geplanten sowie zukünftige Entsendungen sollen dabei auch in Taiwan haltmachen. Außerdem sollen deutsche Regierungsvertreter auf Ministerebene regelmäßig nach Taiwan reisen.*

---

## **CDU: Stimme nicht zu**

Begründung: Deutschland steht zur Ein-China-Politik. Das heißt, dass wir Taiwan nicht als unabhängigen Staat anerkennen. Deutschland entsendet daher keine deutschen Minister oder Schiffe nach Taiwan. Unabhängig von dieser Frage haben wir mit der Entsendung einer deutschen Fregatte in den indopazifischen Raum ein Zeichen der Verbundenheit mit unseren demokratischen Wertepartnern in dieser Region gesetzt.

## **SPD: Stimme nicht zu**

Begründung: Mit Sorge betrachten wir Chinas Forderungen im Ost- und Südchinesischen Meer, die die internationale Rechtsordnung beeinträchtigen und die freie Schifffahrt auf bedeutenden Seewegen der Weltwirtschaft gefährden. Die Bundesregierung hat im September 2020 die Indo-Pazifik-Leitlinien verabschiedet, um Deutschlands Rolle als gestaltender Akteur und Partner im indo-pazifischen Raum zu stärken. Deutschland und die EU sollten die Bedeutung der Navigationsfreiheit konsequent unterstreichen und verstärkt multilaterale Ansätze zur Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum unterstützen. Die Entwicklung der indo-pazifischen Region ist extrem dynamisch. Angesichts ihrer wachsenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entscheidet sich dort die Ausgestaltung der internationalen Ordnung von morgen mit.

Ein verstärktes deutsches Engagement – dazu gehört auch die aktuelle Entsendung einer Fregatte - entspricht deshalb unseren strategischen Interessen. Es stärkt und schützt unsere multilateralen, regelbasierten Prinzipien und Werte, wie das Bekenntnis zum VN-Seerechtsübereinkommen oder die Einhaltung der VN-Sanktionen gegen Nordkorea. Es ist ein Engagement, das von unseren Partnern in der Region ausdrücklich begrüßt wird.

Eine weitere Militarisierung der Region gilt es zu verhindern. Europäische Erfahrungen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) könnten hier ein Ansatz sein.

Es gibt bereits seit langem zahlreiche Kontakte (mit Taiwan) auf wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Ebene. Dazu gehören auch Besuche von Regierungsvertretern. Wir treten für eine stärkere Einbindung Taiwans in internationale Organisationen ein und sind bestrebt, die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zu Taiwan weiter zu fördern.

### **FDP: Neutral**

Begründung: Wir Freie Demokraten unterstützen die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Taiwan als gelungenem Gegenentwurf zum autoritären Herrschaftssystem in der Volksrepublik China. Wir befürworten die Bemühungen Taiwans um Einbindung in internationale Organisationen – soweit dies unterhalb der Schwelle einer staatlichen Anerkennung erfolgen kann. Wir wollen zudem, dass Deutschland und die EU den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen vorantreiben. Eine Vereinigung von China und Taiwan kann nur im friedlichen Konsens erfolgen. Militärische Drohgebärden der Volksrepublik China gegen Taiwan verurteilen wir aufs Schärfste. Im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit hat sich die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag mit einem Antrag u.a. dafür eingesetzt, die Konsultationen auf parlamentarischer Ebene zwischen Deutschland und Taiwans nachhaltig zu vertiefen und regelmäßige gemeinsame parlamentarische Konferenzen zum Austausch zu initiieren sowie auch Konsultationen auf exekutiver Ebene zwischen Deutschland und Taiwan zu vertiefen (<https://www.fdpbt.de/initiative/antrag-beziehungen-taiwan-foerdern-und-nachhaltig-verbessern>).

### **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme nicht zu**

Begründung: Selbstverständlich sollte sich Deutschland für die Sicherheit und Freiheit von internationalen Handels- und Seewegen einsetzen. Die Frage ist, ob die Entsendung einer deutschen Fregatte das richtige Mittel hierfür ist. Denn es bedarf mehr als deutscher Symbolpolitik. Wichtig wäre u.a. eine klare, abgestimmte europäische Strategie mit Blick auf geostrategische Herausforderungen in der Region und dem Umgang mit China.

In Bezug auf Taiwan wollen wir GRÜNE ebenfalls nach Möglichkeit europäisch agieren und jeweils abwägen, mit welchen Maßnahmen die Demokratie Taiwan in der Region unterstützt werden kann.

### **Die Linke: Stimme nicht zu**

Begründung: Die Bundeswehr hat im Pazifik nichts verloren. Die Planungen der Bundesregierung, dort eine militärische Präsenz aufzubauen, die nach Aussagen der Verteidigungsministerin eindeutig als gegen China gerichtet verstanden werden muss, halten wir für unverantwortlich und großenwahnsinnig. Wir streben nach Kooperation statt Konfrontation. Auch eine diplomatische Aufwertung Taiwans kommt für uns momentan nicht in Frage, sie würde die Kriegsgefahr verstärken.

### **AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Kritische Infrastruktur

---

*Deutschland soll keine kritische Infrastruktur von chinesischen Unternehmen bauen lassen bzw. deren Komponenten verwenden (beispielsweise sollte Huawei vom 5G-Netzausbau ausgeschlossen werden).*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Das IT-Sicherheitsgesetz schließt keine Anbieter von vornherein aus. Es gibt immer eine Einzelfallentscheidung anhand technischer und sicherheitspolitischer Kriterien, ob bestimmte Komponenten eines Unternehmens in Teilen von kritischer Infrastruktur eingesetzt werden dürfen. Diesen differenzierten Ansatz wollen wir auch zukünftig beibehalten.

## **SPD: Stimme zu**

Begründung: Deutschland und die EU müssen die Abhängigkeit von kritischen nicht-europäischen Technologien und Dienstleistungen reduzieren. Sie müssen die Fähigkeiten zum souveränen Betrieb und Schutz der kritischen digitalen Infrastruktur ausbauen; dies gilt insbesondere für die Einführung des 5G-Mobilfunknetzes und des superschnellen Internets der neuen Generation. Zur Stärkung der europäischen Souveränität sollten daher insbesondere in technologischen Schlüsselbereichen die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft aufgebaut und gefördert werden, um risikobehaftete technologische Abhängigkeiten von Drittstaaten abzubauen.

## **FDP: Stimme zu**

Begründung: Wir Freie Demokraten wollen die Cybersicherheit stärken. Denn Cybersicherheit ist die Achillesferse des Informationszeitalters. Deshalb brauchen wir eine tatsächlich umsetzbare und agile Cybersicherheitsstrategie. Bestandteile davon müssen ein wirksames Schwachstellenmanagement und ein Recht auf Verschlüsselung sein. Ebenfalls gehören dazu die Vorgabe von security-by-design inklusive Haftung der Hersteller für Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken verursacht werden, und eine Verpflichtung der Hersteller, während der üblichen Nutzungsdauer eines Produktes Updates zur Verfügung zu stellen. Effiziente Schutz- und Verteidigungssysteme müssen in der Cybersicherheit stets Vorrang haben. Deshalb sollen Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, beim Ausbau kritischer Infrastruktur wie etwa beim 5G-Netz nicht beteiligt werden.

## **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme zu**

Begründung: Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte

und sind die Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu gewähren. Gerade die kritische Infrastruktur muss besonders geschützt werden. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor.

Wer digital souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf nicht die Sicherheit aller unterlaufen. Beim Ausbau digitaler Infrastrukturen – wie z.B. 5G – wollen wir GRÜNE die Integrität unserer kritischen Infrastruktur, die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Um Gefahrenlagen konkret bewerten zu können, müssen neben technischen, auch rechtliche, rechtsstaatliche, sicherheitsrelevante und geostrategische Aspekte in die Prüfung einbezogen werden. Eine Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen, insbesondere aus autoritären Staaten an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.

**Die Linke: Stimme nicht zu**

Begründung: Wir wollen Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen ausbauen. Ein Einstieg in eine Sanktionsspirale wäre verheerend. Insofern wäre es auch nicht richtig, chinesische Ausrüster von vornherein vom 5G Netzausbau auszuschließen. Das wäre nicht nur ökonomisch unsinnig, sondern auch sicherheitspolitisch fragwürdig. Immerhin gibt es Erfahrungen mit Backdoor-Spionage bislang vor allem mit US-Firmen (Stichwort NSA-Affäre, Kanzlerinnen-Handy). Wir sind deshalb für höchste Sicherheitsstandards beim Ausbau der digitalen Infrastruktur, die für *alle* gelten, kein „Lex Huawei“. Die EU muss grundsätzlich die Abhängigkeit *sowohl* von China als *auch* von den USA verringern. Das geht nur mit einer öffentlichen und gut ausfinanzierten Industrie- und Forschungspolitik, aber nicht, indem man sich vom technologischen Fortschritt anderer Länder abschneidet.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.

# Hongkonger in Deutschland

---

*Deutschland soll Hongkongern erleichtern, sich in Deutschland langfristig niederzulassen.*

---

## **CDU: Neutral**

Begründung: Deutschland hat nach dem Erlass des Sicherheitsgesetzes, mit dem Freiheitsrechte in Hongkong eingeschränkt werden, angefangen, Hongkongern politisches Asyl zu gewähren. Die Notwendigkeit einer eigenen gesetzlichen Regelung Deutschlands für die Vergabe eines ständigen Aufenthaltsrechts für die Hongkonger nach britischem Vorbild sehen wir nicht. Die Briten erfüllen damit eine Zusicherung an die Bewohner ihrer ehemaligen Kronkolonie aus dem Jahr der Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik.

## **SPD: Stimme zu**

Begründung: Deutschland sollte Hongkong-Bürgern großzügig Niederlassungsrechte gewähren. Wir stehen fest an der Seite der Demokraten Hongkongs.

## **FDP: Stimme zu**

Begründung: Wir Freie Demokraten fordern, dass Deutschland Hongkongern mit einem speziellen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltsperspektive bietet. Die Bürgerinnen und Bürger Hongkongs brauchen das klare Signal, dass die freie Welt an ihrer Seite steht, da die Volksrepublik China mit den neuen Sicherheits- und Wahlgesetzen Hongkongs den 1997 mit Großbritannien geschlossenen völkerrechtlichen Vertrag in wesentlichen Teilen gebrochen hat, was einer faktischen Unterwerfung Hongkongs und das Aus für den historischen Kompromiss „Ein Land - Zwei Systeme“ bedeutet. Qualifizierte und weltoffene Hongkonger, Startups und Wissenschaftler aus dem hoch entwickelten Hongkong suchen eine neue Perspektive jenseits ihrer Heimat. In einem konkreten Hongkong-Willkommensprogramm soll um diese Menschen geworben werden.

## **Bündnis 90/Die Grünen: Stimme zu**

Begründung: Wir GRÜNE unterstützen die im Rahmen der EU-Ratsschlussfolgerungen vom Juli 2020 vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich der Mobilität bspw. für Studierende und Arbeitnehmer\*innen aus Hongkong und setzen uns für weitere Maßnahmen der EU ein, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlrechtsreform für Hongkong. Der Erlass und die Anwendung des sogenannten Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong muss in den Bereichen Asyl- und Migrationspolitik berücksichtigt werden.

Für längerfristige Aufenthalte für Hongkonger\*innen sind derzeit Erleichterungen in Form von Verfahrensbeschleunigung bei der Visabeantragung und Einreise möglich.

**Die Linke: Stimme zu**

Begründung: Generell wollen wir die Visahürden für alle Menschen abbauen.

**AfD: Keine Antwort**

Die AfD hat nicht auf die Anfrage des China-Wahl-Checks reagiert.